

## Antrag

der CDU-Fraktion,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der Abgeordneten Christoph Schulze (fraktionslos) und Iris Schülzke (fraktionslos)

### **Noch mehr (brandgefährliche) illegale Abfalllager - jetzt Beräumungs- und Finanzierungsstrategie entwickeln**

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Nach Auskunft des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft sind im vergangenen Jahr neben den bisher weit über 100 sechs weitere illegale Abfalllager bekannt geworden (Drucksache 6/9123). Damit hat sich die potentielle Gefahr für Mensch und Umwelt, insbesondere für das Grundwasser weiter erhöht. So mussten nach Auskunft des Ministeriums für Wirtschaft und Energie beispielsweise in der Lindower Heide wegen der Grundwasserbelastung weitere Untersuchungen angeordnet werden (Drucksache 6/7602).

Eine solche Untersuchung des Grundwassers ist jedoch eher die Ausnahme. Insgesamt ist der genaue Kenntnisstand über die Gefährdungslage für Wasser, Luft und Boden gering. Wie die Landesregierung bestätigte, wurden nur bei einem kleinen Teil der illegalen Abfalllager Untersuchungen vorgenommen (Drucksache 6/4338). Öffentlich bekannt ist unter anderem das Abfalllager in Hillmersdorf/Stechau, in welchem illegal Abfälle aus Krankenhäusern (benutztes Verbandsmaterial, Spritzen usw.) entsorgt wurden. Obwohl nach einem Brand eine Blausäurebelastung in der Luft festgestellt wurde, blieb eine Beprobung aus.

Durch die Brände des illegalen Reifenlagers in Senftenberg im Juli und August dieses Jahres ist zudem die hohe Brandlast vieler illegaler Abfalllager deutlich geworden (6/9508). So warnte etwa in Fürstenwalde bereits das Landesumweltamt vor einer erheblichen Brandlast. Das dortige sowie eine Vielzahl weiterer illegaler Abfalllager sind frei zugänglich. Auch deshalb sind sie immer wieder gefährliche Treffpunkte für Kinder und Jugendliche.

Als Folge der freien Zugänglichkeit wird zudem weiterer Müll unkontrolliert abgelagert, etwa Kanister mit unbekannten Flüssigkeiten im Reifenlager Ölsig. Die Kommunen weisen darauf hin, dass selbst in abgeriegelten Gebieten von Unbekannten immer wieder Einzäunungen zerstört werden, um illegal weiteren Müll zu entsorgen. Hinzu kommen Verunreinigungen und Zerstörung intakter Abdichtungen durch Bewuchs mit Gräsern, Sträuchern, an vielen Standorten inzwischen auch mit mittelgroßen Baumbeständen. Die potentielle Umweltgefahr sowie die Kosten steigen somit von Jahr zu Jahr. Durch den Zeitverzug von

über 20 Jahren haben sich beispielsweise die erforderlichen Beräumungskosten für die Mülldeponie Reifenlager Ölsig auf ca. eine Million € entwickelt und damit verdreifacht.

Die Beräumung der illegalen Lager kann daher nicht auf die lange Bank geschoben werden. Bisher gibt es nur für wenige illegale Lager konkrete Pläne. Insgesamt fehlt eine qualifizierte Strategie für die Untersuchung, Beräumung und Finanzierung.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, umgehend eine solche Strategie zu erarbeiten. Ziel muss es sein, alle illegalen Abfalllager in einem überschaubaren Zeitraum zu beräumen.

Insbesondere soll:

1. der gegenwärtige Zustand aller illegalen Abfalllager im Land Brandenburg erhoben werden, einschließlich einer umfassenden Auflistung der dort gelagerten Stoffe.
2. auf dieser Grundlage für jeden Standort eine qualifizierte ökologische Gefahrenabschätzung durchgeführt werden. Insbesondere sind zu prüfen: die Gefährdung des Grundwassers und des Oberflächenwassers, des Bodens, der Luft und das Vorhandensein von Giftstoffen.
3. für jeden Standort eine qualifizierte Brandgefährdungsabschätzung erstellt werden, welche unter anderem die Brandlast und die Gefahr spontaner Brände, aber auch die Zugänglichkeit zu Löschwasser und die Zugänglichkeit mit schwerem Gerät berücksichtigt.
4. aus den ermittelten Daten und der Gefahrenabschätzung eine vollständige Dringlichkeitsliste erstellt werden, um die Reihenfolge der Beräumung festzulegen.
5. eine Kostenschätzung für jeden Standort erstellt werden - sowie davon ausgehend mögliche Finanzierungskonzepte. Dabei soll besonderer Wert auf die Wiederverwendung der vorhandenen Rohstoffe (urban mining) gelegt werden. Öffentliche Gelder sind nach dem Sparsamkeitsgebot einzusetzen, das Verursacherprinzip ist stärker durchzusetzen.

Die Untersuchungs- und Beräumungsstrategie soll in Abstimmung mit den Landkreisen, der Feuerwehr, Vertretern des Naturschutzes und der Wirtschaft erstellt werden. Die Koordination liegt beim Land. Um bereits laufende Beräumungen nicht zu verzögern, sollen für diese Anlagen nur die jeweils notwendigen Daten erhoben werden.

Dem zuständigen Ausschuss ist ab Beginn des II. Quartals 2019 regelmäßig über den Fortgang zu berichten.

Begründung:

Brandenburg belegt bei der Anzahl der illegalen Abfalllager bereits heute einen Spitzenplatz. Im vergangenen Jahr sind erneut illegale Lager entstanden. Neben verstärkten Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Fälle ist eine energisch vorangetriebene Beräumung nötig. Wegen der wachsenden Gefahr für Wasser, Boden, Luft und Mensch vergiftet der bestehende Zustand auch das gesellschaftliche Klima, vielerorts steigt der Unmut der Bevölkerung über scheinbares Desinteresse der Behörden im Umgang mit Abfallwirtschaftskriminalität.

Zu 1 und 2.

Eine umfassende und qualifizierte Bestandsaufnahme ist Voraussetzung für die Gefahrenabschätzung und Beräumung. Eine bloße Inaugenscheinnahme weniger Abfalllager vorrangig im Jahr 2013 ist nicht ausreichend, der bestehende Kriterienkatalog somit ungenügend.

Zu 3.

Nicht zuletzt die Brände im illegalen Reifenlager in Senftenberg zeigen die Notwendigkeit einer vorausschauenden Brandbekämpfung. Einige Gemeinden, wie Fürstenwalde, gehen hier bereits voran. Dies muss an allen Standorten erfolgen.

zu 4.

Die bestehende Prioritätenliste umfasst nur wenige Anlagen, ist lückenhaft und entbehrt zudem einer umfassenden Bestandsaufnahme und Gefährdungsabschätzung, siehe 1. und 2.

zu 5.

Das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft rechnet mit ca. 100 Euro je Tonne illegalen Abfalls rein für die Beräumung. Damit ergibt sich überschlägig eine Gesamtsumme über 500 Millionen Euro für die bekannten illegalen Abfalllager in Brandenburg. Dies kann und sollte aus Gerechtigkeitsgründen nicht vollständig aus Steuermitteln finanziert werden, weitere Lösungen sind daher zu prüfen. Eine bislang unterschätzte Quelle auch für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist hierbei die Wiederverwendung der vorhandenen Ressourcen. So gibt es beispielsweise für mehrere Standorte Interessenten für die Verwertung der Altreifen. Damit können gleichzeitig Kosten und Gefahren der betroffenen Reifenlager deutlich gesenkt werden.